

Atommüll

Unsanierete Altlasten des Uranbergbaus machen in Thüringen positive Ergebnisse sanierter Wismut-Flächen zunichte

Antwort des Petitionsausschusses des Thüringer Landtages auf die Petition E-684/11 des Kirchlichen Umweltkreises Ronneburg zu den unsanierten Uranbergbau-Hinterlassenschaften in Ostthüringen

Von Frank Lange

Im September 2011 richtete der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg an den Thüringer Landtag eine Petition zu den nicht in die Uranbergbausanierung einbezogenen aber vom Uranbergbau betroffenen Flächen in Thüringen.[1] Der Umweltkreis sah begründeten Anlass zu der Sorge, dass eine sachliche Handhabung des Altlastenkatasters des Bundesamtes für Strahlenschutz zum Uranbergbau der SDAG Wismut in Thüringen nicht erfolgt. Insbesondere ist der Umweltkreis der Auffassung, dass notwendige Umsetzungen der Vorgaben des Altlastenkatasters in Bezug auf die als radiologisch belastet eingestuft Flächen vom zuständigen Landesbergamt (TLBA) nicht realisiert und auch nicht beabsichtigt werden. Verantwortliche Behörden und Verwaltungen gehen davon aus, dass hierfür sowie für die Sanierung von belasteten Grundstücken die gesetzlichen Vorgaben des Bundes nicht ausreichen.

Die unsanierten Altlasten [2], sogar die nicht erfassten Flächen, beeinflussen inzwischen aber die Sanierungsergebnisse negativ. Im Gessenbach erfolgte beispielsweise erst kürzlich eine Verdoppelung der zugelassenen Uranbelastung, die vor allem im Zusammenhang mit einer unsanierten Altbelastung steht. In erster Linie stellen die in Thüringen verharmlosend offiziell als Altstandorte des Uranbergbaus bezeichneten

Flächen bleibende Gefahrenpotentiale dar. Diese kommen meist erst richtig bei Veränderungen der Grundstücksnutzung zu Bewusstsein bzw. zur Geltung. Dann ist es aber alleinige Sache des „Verhaltens- und Zustandsverantwortlichen“, das heißt des Eigentümers.

Die Ergebnisse der Petition aus der Zwischenantwort vom 09. November 2011 und der Beantwortung vom 10. Mai 2012 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Landesregierung in Thüringen lehnt eine Initiative zur Schaffung von ihrer Meinung nach fehlenden gesetzlichen Handlungsvorgaben auf Bundesebene ab.
- Probleme, die sich in Thüringen aus der radioaktiven Vorbelastung von Grundstücken ergeben, gehen zu Lasten der jeweiligen Eigentümer.
- Die Sanierung radioaktiver Altlasten in Sachsen, die nicht im Eigentum der Wismut GmbH sind, erfolgen dagegen trotz (vermeintlich) fehlender gesetzlicher Vorgaben. Die thüringische Landesregierung meint hier, wirtschaftliche Erwägungen und höhere Belastungen im Vergleich zu Thüringen festzustellen und hält den Abschluss einer möglichen Vereinbarung zur Finanzierung mit dem Bund nicht für erforderlich.
- Zwar lehnt die Landesregierung in Thüringen eine messtechnische Überwachung belasteter Flächen des Altla-

stenkatasters ab, behauptet aber eine ständige Aktualisierung seit 2003, die 2012 abgeschlossen sein soll. Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg befürchtet hier keine Neu- sondern eine formale Umbewertung belasteter Altlasten in nicht belastete. Beispiele für „vergessene“ Altlasten existieren bereits. So soll in Gera-Liebschwitz ein Kinderspielplatz auf einer nicht (mehr?) registrierten Fläche stehen.

Als einen nicht unwichtigen positiven Aspekt der Petitionsinitiative kann festgestellt werden, dass die Landesregierung dem Petitionsausschuss zugesichert hat, dass der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg volles Einsichtsrecht für das in Bearbeitung befindliche Kataster inklusive Datenbereitstellung durch das TLBA erhält. Weitere Petitionen bei Sachverhaltsfeststellungen oder Sachverhaltsänderungen ist der Ausschuss bereit, vom Umweltkreis entgegen zu nehmen. Daher wird überlegt, im Sommer einen konkreten Fall aus Gera hierfür zu benennen.

Fazit: Die Landesregierung in Thüringen scheut eine nicht überschaubare Kostenlawine für durch den Uranbergbau beeinflusste Standorte außerhalb der Wismut GmbH und will daher lieber auf mögliche Kostenteilungen mit dem Bund verzichten. Dabei ist selbst der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg der Meinung, dass man sich auf das Notwendigste beschränken – aber Betroffene nicht in finanzielle Nöte stürzen sollte.

1. In Thüringen sind im Gegensatz zu Sachsen nur die Flächen in eine Sanierung einbezogen, die 1990 noch im Eigentum der Bergbaubetriebe der Wismut standen.

2. Das BfS-Altlastenkataster weist für Thüringen über 300 Hektar radiologisch belastete Flächen aus, die vor allem im Raum Gera/Ronneburg sowie um Saalfeld und im Thüringer Wald konzentriert sind. ●

Atommüll-Lagerung

Morsleben – Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts

Ausstellung in Döbeln, 1. - 30. Juni 2012

Noch bis zum 30. Juni 2012 lädt Greenkids Magdeburg e.V. zu einer neuen, überarbeiteten Ausstellung zum Atommülllager Morsleben in das Café Courage in 04720 Döbeln, Bahnhofstraße 56. Die Ausstellung wurde im September 2004 das erste Mal der Öffentlichkeit präsentiert und wurde seitdem an mehr als 20 Orten schon mehreren zehntausend Menschen gezeigt. Sie ist das Ergebnis von inzwischen über acht Jahren Recherche- und Forschungsarbeit von AktivistInnen der Greenkids e.V. und anderen Personen. Quelle der Arbeit sind mehr als ein Dutzend Archive und Organisationen. Der größte Teil des vorhandenen Aktenmaterials konnte noch nicht einmal gesichtet werden, berichtet Greenkids-Vorstand Falk Beyer. Es stehe also noch viel Arbeit bevor und die Wanderausstellung werde ständig ausgebaut. Inzwischen seien im Rahmen des Dokumentationsprojekts mehr als 2.800 Unterlagen erfaßt worden, weitere hunderte Dokumente lägen zur Einarbeitung in die Archivdatenbank bereit. Von diesen Materialien habe bisher auch erst ein kleiner Teil bearbeitet und verwertet werden können. Laufend kämen neue Unterlagen zum Morsleben-Archiv hinzu und die Recherchen in den öffentlichen Archiven werden fortgesetzt.

Seine aktuelle Bedeutung erhält das Projekt durch die bevorstehende Schließung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). Nach einem Jahrzehnt öffent-

licher Auseinandersetzungen um den Weiterbetrieb des ERAM soll die risikoreiche Anlage stillgelegt werden. Akute Gefahrenlagen während der letzten Jahre unterstreichen die Dringlichkeit der Schließung.

Die Ausstellung dokumentiert Errichtung und Betrieb der Anlage. Ein wichtiger Aspekt sind dabei die gesellschaftlichen und politischen Umstände, die sich auf den Umgang mit Sicherheitsproblemen und deren Darstellung in

der Öffentlichkeit beziehen. Schwerpunkte dieser Dokumentation sind die Geschichte der Schachanlage, Sicherheitsprobleme, die Situation in der Region mitten im ehemaligen Grenzgebiet und der Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Stasi) im Endlager.

Weitere Informationen und Materialien sind erhältlich über www.greenkids.de/morsleben und per eMail an morsleben@greenkids.de ●

Atommüll

Eine Rückholung des Atommülls aus der Asse soll nicht vor 2037 beginnen können, sofern nicht Gesetze geändert werden

Der Atommüll im ehemaligen Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel kann erst deutlich später geborgen werden als bisher erwartet. Das geht aus einem bislang nicht veröffentlichten Rahmenterminplan des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) hervor. Er liegt der Sendung „Menschen und Schlagzeilen“ im NDR Fernsehen vor, die ihn am 29. Mai 2012 bekannt machte. Der Terminplan wurde von der Firma „Acos Projektmanagement“ im Auftrag des Bundesamtes erstellt.

Das BfS bestätigte am selben Tag die Medienberichte, wies aber darauf hin, daß der Zeitplan ein „Worst-Case-Szenario“ widerspiegeln. Strittig sei zum Beispiel, ob die nötigen Sicherheits- und Sanierungsschritte am früheren Salzstock wie bisher vorgesehen nacheinander erfolgen müssen. Ein paralleles Vorgehen könnte die Arbeiten eventuell beschleunigen, jedoch müßten dafür Gesetze geändert werden.

Wie das Bundesumweltministerium (BMU) daraufhin mit-

teilte, zeigte sich der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier „enttäuscht und beunruhigt“ über die Verzögerungen, die sich aus dem vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) vorgelegten Zeitplan zur Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse ergeben. Der Bundesumweltminister habe deshalb entschieden, am 1. Juni 2012 zusammen mit BfS-Präsident König die Schachanlage Asse zu besuchen, wobei König die Bevölkerung vor Ort über den Zeitplan und seine Folgen informiert soll.

Der Besuch der Asse fand dann gemeinsam mit dem vormaligen Bundesumweltminister und SPD-Vorsitzenden Gabriel statt. Dieser erklärte, die SPD unterstütze ein Sondergesetz, um eine Beschleunigung bei der Bergung des illegal eingelagerten Atommülls aus der Asse zu erreichen. Beobachter befürchten indessen, daß mit solchen Sondergesetzen gleichzeitig Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung unterlaufen werden sollen.

Altmaier löste bei dem Besuch per Knopfdruck das Anbohren einer Kammer des Bergwerks aus. Innerhalb von sechs Wochen soll die 20 Meter dicke Wand durchbohrt werden, hinter der der Atommüll lagert. Mit einer Minikamera soll dann erstmals kontrolliert werden, ob sich der Müll überhaupt noch in Fässern befindet oder ob diese bereits zerstört sind und wie sich ein Wasserzutritt ausgewirkt hat.

Dem Zeitplan zufolge kann mit der Rückholung der Fässer nicht vor dem 31. Dezember 2036 begonnen werden. Beim Start des Projektes im Jahr 2010 war die Bundesregierung noch davon ausgegangen, daß die Arbeiten spätestens bis 2028 abgeschlossen werden könnten. Nach dem vorliegenden Rahmenterminplan soll nun erst 2029 entschieden werden, ob der Atommüll tatsächlich aus dem Bergwerk herausgeholt werden kann. Vor dem Hintergrund eines unkontrollierbaren Wassereintruchs in der Asse scheint das Gelingen der Rückholung angesichts der Verzögerungen ungewiß.

Wachsendes Mißtrauen in Versprechungen von Bund und Land

Während die Rückholung in weite Ferne rückt, wird die Flutung unmittelbar vorbereitet, befürchtet der Asse-II-Koordinationskreis. In einer Pressemitteilung vom 31. Mai 2012 äußerten Bürgerinitiativen und Verbände in Hannover Zweifel und Mißtrauen, daß Bund und Land es mit der Räumung des Atommülls aus der Asse wirklich ernst meinen. Seit 2009 verspreche der Bund mit wachsender Intensität und ständig wechselndem Personal, Konsequenzen aus dem Debakel Asse II zu ziehen und den Müll, der dort nie hätte gelagert werden dürfen, wieder herauszuholen. Die Realität sehe anders aus: Während die Maßnahmen zur Rückholung nicht vorankom-

men, werde die Flutung der Asse – so, wie sie der alte Betreiber geplant hatte – unmittelbar vorbereitet.

„Wir haben kein Vertrauen“, erklärt Andreas Riekeberg vom Asse-II-Koordinationskreis, „daß nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt jemand den Notfall ausruft und mit der Flutung beginnt. Wenn es tatsächlich noch bis 2036 dauern sollte, bis die Rückholung beginnt, dann wäre ja immerhin 24 Jahre Zeit, in der jederzeit geflutet werden kann. Sind jedoch erst einmal die Schleusen geöffnet, läßt sich der Atommüll nicht mehr zurückholen.“

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bereite derzeit durch verschiedene Maßnahmen die Flutung der Asse vor, nicht aber die Beherrschung größerer Wasserzutritte. Das ergebe ein detaillierter Vergleich des sogenannten „Notfallkonzeptes“ des BfS für die Asse mit dem Konzept einer „Vollverfüllung“ des alten Betreibers, des GSF-Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit GmbH in Neuherberg bei München, das sich inzwischen Helmholtz-Zentrum München nennt, durch Dr. Frank Hoffmann vom Asse-II-Koordinationskreis.

Bei einer Flutung der Asse würde es in unbekanntem Zeitraum an unbekanntem Orten in Norddeutschland zu einer Freisetzung von Radioaktivität in unbekanntem Ausmaß kommen, wird erklärt. Nach einem „Strömungs- und Transportmodell“ von Dr. Ralf Krupp aus dem Jahr 2010 soll dies bereits nach wenigen Jahren geschehen.

Der Asse II-Koordinationskreis der Bürgerinitiativen lehnt eine Flutung der Asse strikt ab. Die unabsehbaren Schädigungen von Mensch und Umwelt seien nicht zu verantworten. Das Bundesamt für Strahlenschutz habe umgehend andere Konzepte für den „Notfall“ des auslegungsüberschreitenden Lösungszu-